

Ercheint an allen Werktagen. Bezugspreis für Monat November 2. In der Zeitungsstelle 250. In den Ausgabestellen 260. Durch Zeitungsboten 300. am Postamt 265. ins Ausland 20 deutsche Mark. Fernsprecher: 4248, 2278, 8110, 8249. Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. b. Grundst. 1/2 Seite im Anzeigenteil innerhalb Polens 40.—M. Restamt 120.—M. Für Aufträge aus Deutschland 2.50 M. im Restamt 10.—M. in deutscher Warte.

Telegrammadresse: Tageblatt Posnan.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 201283 in Wagnan.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsüberlegung oder Ausbesserung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ponikowskis politisches Glaubensbekenntnis.

Der polnische Ministerpräsident hat vor einigen Tagen im Saal der Krakauer Stadtverordnetenversammlung eine große Rede gehalten, die in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert ist und zweifellos noch die öffentliche Meinung und die Presse lebhaft beschäftigen wird. Nach einigen einleitenden Worten über die politische und kulturelle Bedeutung Krakaus sprach der Ministerpräsident zunächst über den Egoismus der Stände und der Parteien. Er sagte:

Ich muß hier vor allen Dingen feststellen, wie tief gewurzelt bei uns, in unserem öffentlichen Leben, der Egoismus ist, und zwar Egoismus jeder Art: persönlicher Egoismus, Egoismus der Stände, Egoismus der Parteien. Jeder streckt seine Hand nach dem Staat aus und ruft: Hilf und gib! Den wirtschaftlichen Egoismus haben wir abgestreift, aber dieser Egoismus ist in unserm öffentlichen Leben geblieben, und er ist weit gefährlicher. Eine Verdüsterung schließt sich der andern an, und wir vorzukommen in dem Wettrennen um die Hilfe des Staates, und jede sucht dabei den Nachweis zu führen, daß sie den wichtigsten Teil des Volkes bilde. Aber in dem Augenblick da es notwendig wird, die Steuern zu zahlen, verschwindet dieser Ehrgeiz plötzlich, und es erweist sich, daß diese Leute, die darauf Anspruch erheben, den wichtigsten Teil der Bevölkerung darzustellen, ihren Anteil an den Lasten, die das Volk zu tragen hat, auf ein verschwindend geringes Maß zu vermindern bemüht sind. Es ist nicht zulässig, daß je nach der Ansicht solche verschiedenen Maßstäbe angewendet werden. Wer den größten Teil der Rechte für sich in Anspruch nimmt, muß auch den Hauptteil der Pflichten tragen und die größte Opferwilligkeit dem Staat gegenüber an den Tag legen. Polen ist ein demokratischer Staat, alle haben den gleichen Anspruch auf seine Leistungen, breite Schichten des Volkes entscheiden über die Geschicke des Staates, und daher haben auch alle die staatlichen Lasten zu tragen. Darum ist die Regierung mit dem Plan eines Notopfers ausgetreten und plant eine Reihe von Steuererlassen. Die Sanierung unserer Finanzen auf Grund der Initiative der Regierung hat schon gewisse Ergebnisse gezeigt. Der Kurs der polnischen Mark im Verhältnis zu anderen Wäluen ist schon um 150 bis 300 v. H. gestiegen. Das ist eine Folge der glücklichen Verhältnisse, aber zugleich eine Folge der finanziellen Maßnahmen der Regierung. Neue kann nicht mehr die Rede sein von der Gefahr eines Valutasturzes, — es kann eher gesprochen werden von der Gefahr einer zu plötzlichen Kurssteigerung. Die Regierung bemüht sich gegenwärtig, den Kurs der Mark zu stabilisieren und eine dauernde Grundlage für die Produktion und den Laich zu schaffen. Ich muß hier betonen, daß dieses Programm schon verwirklicht ist, daß keine Wirtlung schon zu spüren ist, daß die Verprechungen der Regierung keine Phrasen war. Ich habe nun die Versicherung — und ich habe ihr schon in einem Brief an den Sejmarschall Ausdruck gegeben — daß wenn die Regierungswürde alle mit solcher Gläubigkeit gepflegt, vervollständigt und verbessert werden, wie das jetzt mit einigen geschieht, daß dann die begehrte Bereitwilligkeit, die Staatsfinanzen zu retten und der Glaube an dieser Meinung etwas abgeholt werden wird. Unter Sejm muß daran denken, daß nicht das Vertrauen nach einer idealen gerechten Verteilung des Notopfers und der Steuern zu einem völligen Stum unserer Finanzen führe. Auch unsere öffentliche Meinung muß daran denken, und nicht mit einer Apothekerwaage abmessen, ob nicht Herr E. am Ende ein bißchen mehr bezahlt hat als sein Nachbar. Gewisse Unannehmlichkeiten die sich aus der unvermeidlichen Güte und der Art der Abschätzung ergeben müssen als unvermeidlich hingenommen werden. Das Beste ist der Feind des Guten. Jeder muß daran denken, daß das, was er zu zahlen hat, verschwindend wenig ist, im Vergleich zu dem Nutzen, den eine gute Finanzanlage des Staates jedem Staatsbürger gibt. Und wer so genau auf seinem wirtschaftlichen Vorteil bedacht ist, der mag seine Augen nach Oben richten und an den Abgrund des Glends, das dort herrscht, denken. Er wird Gott danken, daß er in der Republik Polen und unter den Fittichen ihrer Regierung lebt. Und doch wird diese Regierung wenig geachtet und gemißachtet. Ich möchte Sie nicht mit meinen persönlichen Erfahrungen belästigen, aber ich muß sagen, daß ich, obwohl ich in meinem Privatleben ein bescheidener Mensch bin, in meiner Eigenschaft als Leiter der polnischen Regierung fast täglich Sektionen erteilen muß über Respekt vor der Regierung. Die gegenüber der Regierung vielfach an den Tag gelegte Geringschätzung und die atavistisch aus früheren Zeiten übernommene altbackene Eigenwilligkeit muß Besorgnis erwecken. Früher wurde wenigstens die Person des Königs respektiert. Jetzt, in unserer republikanischen Zeit, scheint man bei uns auch die Achtung vor der Person des obersten Vertreters der Regierung für überflüssig zu halten. In anderen Republiken scheint man anderer Ansicht zu sein — in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, in der Schweiz; dort gibt es eine politische Kultur und eine staatliche Kultur, — diese Kultur fehlt bei uns, und das ist eine Gefahr für den Staat.

Eine andere Stelle der Rede des Ministerpräsidenten beschäftigte sich mit der politischen Gleichgültigkeit der Intelligenz.

„Der größte Teil unserer Intelligenz hält sich von einer aktiven Beteiligung am Leben des Staates fern. Ich weiß, daß das eine Folge des Gefühls der Schwäche ist, die sich so deutlich bei den vorigen Sejmwahlen gezeigt hat. Ich weiß aber auch, daß ein anderer Grund dieser Erscheinung, die schwierige wirtschaftliche Lage der Intelligenz ist, die Notwendigkeit des Kampfes um das Dasein, — eines Kampfes, der angesichts der wahnwitzigen Deuerung alle Zeit und alle Kräfte des geistigen Arbeiters in Anspruch nimmt. Ich weiß das alles, und ich bekenne, daß ich keine Mittel habe, mit denen ich die Ursachen dieser Erscheinung beseitigen könnte. Aber ich kann versichern, daß diese Dinge sowohl mir, als auch der ganzen Regierung am Herzen liegen. Die Regierung wird in der nächsten Zeit trotz der Notwendigkeit der Sparbarkeit auf allen Gebieten im Sejm einen Gesetzentwurf vorlegen über die Regelung der Gehälter der Hochschullehrer, deren bisherige Bezüge mehr als bescheiden waren. An die Staatsbeamten denkt die Regierung auch, und ich habe die Hoffnung, daß die letzten Zulagen im Zusammenhang mit der sich bemerkbar machenden Herabsetzung der Preise für die Hauptbedarfsartikel eine Besserung des äußeren Daseins der Staatsbeamten herbeiführen werden. Was den Kampf mit der Deuerung betrifft, so übt die Regierung einen moralischen Druck auf die Produzenten und die Kaufleute aus, und wenn dieser Druck nicht ausreichen sollte, so wird sie moralisch minder-

Aus Oberschlesien.

Sitzung des deutschen Ausschusses und des polnischen Volksrates.

Kattowitz, 5. November. (Tel.-U.) Gestern fand im hiesigen Stadthaus die angekündigte weitere Sitzung des Deutschen Ausschusses und des polnischen Obersten Volksrates unter dem Vorsitz des englischen Obersten Williams statt. Zu Beginn der Sitzung teilte Oberst Williams mit, daß er für die Herren Dr. Lukaschek vom Deutschen Ausschuss und Rhymer vom polnischen Obersten Volksrat eine Unterredung mit dem Kommissar der Interalliierten Kommission in Doppel verkleidet habe. Dann wandte er sich gegen die jetzt noch verbreitete Ansicht, daß man durch Vorkäufeln an die Interalliierte Kommission oder die Grenzfestlegungskommission noch eine Änderung der Grenze erreichen könne. Es sei nicht wahr, daß ein Spielraum für die Grenzfestlegung bis zu 10 Kilometer bestehen sei. Daher würde die Kommission nur darauf zu achten haben, daß Befestigungen von großem Umfang nicht unvorsorglich zerstört werden. Dann sprach Oberst Williams über die Flüchtlingsfrage und teilte mit, daß in letzter Zeit wieder neue Verschleppungen vorgekommen sind. Er sprach sich sehr scharf gegen derartige Untaten aus, die beiden Parteien nur zum Schaden gereichen können.

Die Mitglieder der Oberschlesien-Kommission.

Warschau, 8. November. (Tel.-U.) Der Ministerialrat ernannte zu Mitgliedern der polnischen Delegation, die die Frage der Überleitung der Polen zugewiesenen Gebiete in Oberschlesien in die polnische Verwaltung zu beraten hat, außer dem Minister Bluziński die Abgeordneten Diamand, Skirmunt und Seyda, sowie den Franzosen Redfor.

Der bischöfliche Delegierte im polnischen Anteil.

Kattowitz, 8. November. (P.M.) Der Breslauer Bischof Bertram ernannte Stefan Kapica zum bischöflichen Delegierten des an Polen fallenden Teiles Oberschlesiens.

Der amerikanische Abrüstungsplan.

London, 8. November. Die amerikanischen Delegierten zur Abrüstungskonferenz in Washington haben gestern eine Vordersammlung abgehalten zur Festlegung ihrer Haltung hinsichtlich der Abrüstungsfrage. Sie sind im Begriff, einen Plan auszuarbeiten, nach dem nicht Schiffs- und Mannschafszahl, sondern die Rüstungsbudgets maßgebend sein sollen. Man solle die Ausgaben der verschiedenen Nationen für Heer und Flotte um einen gewissen Prozentsatz herabsetzen, und zwar so, daß diese Ausgaben in einem gewissen Verhältnis zu den allgemeinen Ausgaben des betreffenden Staates stehen. Wie „Chicago Tribune“ hierzu meldet, soll diese Rüstungseinschränkung der Aufsicht einer internationalen Kommission unterliegen, der sich sämtliche Mächte, die in Washington vertreten sind, unterwerfen so daß von einem Zwange nicht die Rede sein könne. Wie diese Zeitung weiter behauptet, bedeute diese von Amerika geplante Kontrollkommission keineswegs einen Eingriff in die Rechte des Völkerbundes, sondern vielmehr ein Zusammenwirken mit diesem, da ja eine Zentralorganisation geschaffen werde, zu der sämtliche Staaten Zutritt haben sollen.

Das englische Unterhaus einstimmig für die Washingtoner Konferenz.

London, 8. November. Gestern fand im Unterhaus die Debatte statt über die Entschlieung, welche Clynes im Namen der Arbeiterpartei über die Washingtoner Abrüstungskonferenz beantragt hat und in der die Teilnahme Englands an den Beratungen der Besprechungen der Rüstungen ausdrücklich gebilligt wird. Die Debatte endete mit einstimmiger Annahme des Antrages.

wertigen Elementen gegenüber vor Anwendung von Strafmaßnahmen nicht zurückzusehen. Es darf nicht zugelassen werden, daß in einem demokratischen Staate und innerhalb einer zivilisierten Bevölkerung eine Gruppe von Leuten sich majestät und bereichert auf Kosten der anderen, — und zwar gerade auf Kosten derer, die der Staat und das Volk braucht. Ich möchte zur Hebung des Selbstbewußtseins innerhalb der Intelligenz an Ihre Preise die Aufforderung richten, daß sie sich nicht ganz in ihre Berufsarbeit vertiefen und auf ihr Privatleben beschränken. Lassen Sie uns gute Facharbeiter und gute Mitglieder unserer Familien sein, aber zugleich unserer Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen bewußte Staatsbürger. Der Staat kann auf die dauernde und lebhaft, planmäßige Mitarbeit der Intelligenz nicht verzichten. Der politische Marxismus, der in ihren Reihen herrscht, muß überwunden werden. Die Intelligenz darf sich nicht durch die Befürchtung abschrecken lassen, daß sie in dem Maße der andern ihr an Zahl überlegen und durch Klassenbewußtsein stärkeren Stände verfinstert wird. Die Energie, der Unternehmungsgestalt und die Arbeitskraft einzelner hat in der Geschichte immer eine große Rolle gespielt, und in weitesten Schichten der Bevölkerung wird es volles Verständnis finden, wenn gerade die Vertreter der Intelligenz nicht die Interessen ihres Standes, sondern das Gemeinwohl und die Sorge um die Unversehrtheit des Staates in den Vordergrund ziehen werden. Ich will nicht etwa zur Gründung einer neuen Partei auffordern. Ich bin selbst parteilos und habe in dieser Eigenschaft das Amt des Ministerpräsidenten übernommen. Ich fordere die Intelligenz nur auf, sich an der politischen Arbeit zu beteiligen, und zwar so, daß insofern dieser Verteidigung bei den kommenden Wahlen eine größere Anzahl von Leuten in das Parlament einzieht, die durch ihr Wissen und ihre politische Erfahrung dem Sejm Nutzen bringen können. An politischen Talenten fehlt es uns sehr. Die Arbeit im Sejm selbst sehr darunter, daß in ihm nicht genug Leute vorhanden sind, die für die parlamentarische Arbeit im ausreichenden Maße vorbereitet sind. Vierzig oder fünfzig Abgeordnete müssen die ganze Arbeit leisten und sind infolgedessen überlastet, während die anderen Abgeordneten nicht imstande sind, aktiv in der Gesetzgebung mitzuarbeiten. Wenn im Lande Unzufriedenheit mit dem Sejm herrscht, und ihm Vorwürfe gemacht werden, so sind die wahren Gründe in der Zusammenziehung des Parlaments zu suchen. Im nächsten Sejm muß die Intelligenz weiter stärker vertreten sein. Dann wird auch die Ergebniszeit der Arbeit des Parlaments und sein Ansehen wachsen.

Dann sprach der Ministerpräsident von den Parteienkämpfen und von der Notwendigkeit, die Gegensätze zwischen den Parteien zu mildern. Diese Gegensätze haben einen solchen

Die neue preußische Regierung.

Gegenüber der gestrigen Meldung von einem Kabinett Einert ist heute zu berichten, daß eine überraschende Wendung in der Regierungsbildung eingetreten ist. Der preußische Landtag hat in seiner Sonnabend-Abendssitzung den sozialdemokratischen Abgeordneten Otto Braun mit 197 von 338 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die Ministerliste ist folgende: Ministerpräsident: Otto Braun, Inneres: Severing, Landwirtschaft: Wendorf, Kultus: Voelck, Handel: Siering, Justiz: Am Behnhoff, Finanzen: v. Richter, Volkswohlfahrt: Stegerwald.

Die Beisehung des Königs von Bayern.

Samstag nachmittag wurden von Schloß Wildenwarth die Leichen des bayerischen Königspaares nach München übergeführt. In Prien, der nächsten Bahnstation, fand zunächst unter einem wahren Niesenanbruch der ländlichen Bevölkerung ein feierlicher Trauerakt statt. Unter den Klängen des Präzidentenmarsches einer Ehrenkompagnie verließ der Zug nachmittag um 3 1/2 Uhr die Station. In Rosenheim und zwei weiteren Stationen waren kurze Aufenthalte, um der Bevölkerung Gelegenheit zu einer Subjogung für das Königspaar zu geben. Überall hatten sich ungezählte Tausende eingefunden die dem dahingekommenen König die letzten Ehren erwiesen. In München wurde der Zug vom Kardinal Erzbischof und den Vertretern der Staats- und städtischen Behörden feierlich empfangen.

Die Trauerfeierlichkeit.

München, 7. November. (Tel.-U.) Bei der Beisehungsfeier in der Frauenkirche, der neben den anderen Fürstlichkeiten auch Prinz Albrecht Friedrich von Preußen als Vertreter des Kaisers bewohnt, hielt der Kardinal-Erzbischof von Faursthafer eine längere Trauerpredigt, der er die Worte zugrunde legte: „Sei getreu bis in den Tod“. Der Kardinal führte aus: Der König habe viel Liebe gefast, aber neben Liebe auch Haß geerntet. Man dürfe heute nicht Ankläger und Richter sein. Dazu seien die Ereignisse noch zu nahe. Viele aber von denen, die gehaßt hätten, hätten wohl nur das Königstum, nicht aber den Königsmenschen gehaßt. Der verstorbene König habe dem bayerischen Volke die Treue gehalten bis in den Tod. Die heutige große Kundgebung sei wohl auch gemeinsam eine Sühne für den König gewesen. Die Trauerfeier sei nicht auf irgend ein Diktat oder einen Befehl erfolgt, sondern sie sei eine spontane Kundgebung der Bevölkerung gewesen. Der Kardinal würdigte den König als Arbeiter, der sich für alles interessiert habe und der keine chinesische Mauer um sich gebildet habe. Mit erhobener Stimme rief der Kardinal aus: König Ludwig, wir wollen Dich nicht heilig sprechen, aber der Erzbischof von München dankt Dir im Namen Bayerns für Deine Treue.

Nach der Trauerfeier fand ein feierliches Totenamt statt. Dann folgte die Beisehung in der Königsgruft, wobei die sämtlichen Bischöfe und Aebte die Einsegnung vornahmen.

Fürstlichkeiten bei der Beisehung des Königs von Bayern.

München 7. November. (Telunion.) Wie die Bayerische Staatszeitung mitteilt, sind anlässlich der Beisehung des Königs Ludwig von Bayern folgende Fürstlichkeiten in München eingetroffen: Die Könige von Bulgarien und Sachsen, die Großherzogin-Mutter und die Prinzessin Elisabeth von Luxemburg, der Herzog und die Herzogin von Braunschweig, Prinz und Prinzessin Ernst von Sachsen, der Prinz Franz Joseph von Hohenzollern und der Fürst von Schaumburg-Lippe.

Umfang erreicht und so an Schärfe zugenommen, daß sie nicht nur eine innere Gefahr für den Staat bilden, sondern auch das Ansehen des Staates nach außen schädigen.

„Unser Parteiwesen ist in der ganzen Welt bekannt. Wer im Auslande einen Polen sieht, fragt ihn vor allem, zu welcher Partei er gehet oder welche Partei hinter ihm steht. Die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Partei entscheidet darüber, wie ein Pole aufgenommen wird. Wir haben vergessen, wie teuer Polen schon einmal dieses Parteiwesen hat bezahlen müssen: Der Preis war die hunderttausendjährige Knechtschaft Polens. Die Wiltberung der Parteigegensätze ist eine notwendige Vorbedingung für die gesunde Entwicklung unseres Staates und unseres Volkes. Ich habe den Eindruck, daß diese Einsticht schon in weite Kreise einzufragen beginnt. Anders könnte ich mir nicht erklären, warum ich gerade an die Spitze der Regierung berufen wurde, warum eine unparteiliche Regierung für nötig angesehen wurde. Wir müssen dafür sorgen, daß die schlechte Meinung, die man im Auslande vielfach von Polen als dem Bande der Parteien und des inneren Gezänks hat, schwindet.“

Die äußere Politik streifte der Ministerpräsident zunächst mit wenigen Worten, indem er sagte:

„Allen unsern Nachbarn gegenüber bemühen wir uns, uns vom Geiste des Friedens unter Wahrung unserer Interessen zu lassen. Sollte uns aber von irgendeiner Seite eine Verletzung der uns zustehenden Rechte drohen, dann sind wir bereit, mit der größten Nachdrücklichkeit aufzutreten. Wir rechnen damit, daß unsere Verbündeten, die uns mehr als einmal unterstützt haben, unseren Standpunkt verstehen und zu würdigen wissen werden.“

Über Danzig und Oberschlesien sagt Herr Ponikowski:

„Durch die Unterzeichnung des Abkommens mit der Freien Stadt Danzig und die Lösung der oberschlesischen Frage hat eine Zeit der Unsicherheit ihr Ende erreicht. Unsere Beziehungen nach Westen haben sich dadurch gefestigt. Freilich entspricht die Genfer Entscheidung, die viele Tausende von Polen unter fremder Herrschaft läßt, nicht ganz unseren Wünschen, aber es muß zugegeben werden, daß diese Entscheidung die Folge gründlicher Prüfung der Frage und guten Willens zu einem Kompromiß war. Unsere Aufgabe ist es, jetzt dafür zu sorgen, daß diejenigen unserer Volksgenossen, die außerhalb der Grenzen Polens geblieben sind, in den Genuß der den Volksminderheiten zugestandenen internationalen Sicherungen kommen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß innerhalb der Grenzen unseres Staates sich viele Bürger deutscher Nationalität befinden und daß Polen ihnen alle Rechte

zugegeben wird, in demselben Umfange, in dem die Polen außerhalb der Grenze unfreies Staates diese Rechte genießen werden.

Die polgalizische Frage.

„Noch nicht ganz geklärt“, fuhr der Ministerpräsident fort, sind die Verhältnisse an der Obergrenze unserer Republik. Die Regierung hat nicht die Absicht, die Erfüllung der Aufgaben, die sie dort hat, auf die lange Bank zu schieben. Die Regierung rechnet mit der Notwendigkeit der Befriedigung der Bedürfnisse der ruthenischen Bevölkerung in Galizien und wird sich in der Erfüllung dieser Aufgaben auch nicht durch die vor kurzem dort aufgedeckten staatsfeindlichen Bestrebungen aufhalten lassen. Unlängst wurde dort eine kommunistische Versammlung in einem Gotteshaus festgesetzt und aufgelöst. Die Organisatoren, die Teilnehmer und Mitschuldigen werden vor den Richter gestellt und mit der hollen Strenge des Gesetzes bestraft werden. Über diese verbrecherischen Bestrebungen werden die polnische Regierung nicht aus dem Gleichgewicht bringen und werden sie nicht veranlassen können, ihre bisherige Politik gegenüber der friedlichen und arbeitenden Bevölkerung aufzugeben.

Für Wilna verlangt der Ministerpräsident einen Volksentscheid. Er zweifelt nicht daran, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich für Polen aussprechen wird.

Der Schluß der Rede des Ministerpräsidenten darf als sein eigentliches politisches Glaubensbekenntnis verstanden werden. Er lautet:

„Als ich die hohen Mauern des Krakauer Wawelschlosses sah, kam es mir zum Bewußtsein, wie glücklich wir in der Republik Polen daran sind, daß wir ein Königtum pflegen, behüten und verehren können, ohne jede Befürchtung für unsere republikanische Staatsverfassung. Andere Völker haben Paläste ihrer Monarchen bewußt und niedergebrannt, haben die Gräber ihrer Könige geschändet, um durch die Tat zu beweisen, daß sie mit dem Monarchismus und dem Caesarismus endgültig gebrochen haben. Unsere republikanische Staatsordnung ist so fest und unerschütterlich, daß wir die königlichen Erinnerungsstätten pietätvoll pflegen und verehren dürfen. Denn diese durch den Willen des polnischen Volkes dem polnischen Staate gegebene und durch die Verfassung gewährleistete Staatsordnung ist nicht der Sieg einer Doktrin, ist nicht die Frucht theoretischer Erwägungen, sondern das reale Ergebnis der wirklichen Verteilung der Kräfte, — das Ergebnis, das am besten den wirklichen Bedürfnissen des Staates entspricht, ihm Ruhe, Frieden und Dauerhaftigkeit seiner Einrichtungen sichert. Voll Mitgefühl sehen wir auf das uns moralisch und territorial nahestehende Volk, das schon zum zweiten Mal in diesem Jahre Erschütterungen erleben mußte infolge dynastischer Umtriebe. Wir lernen aus der Geschichte des uns kulturell, politisch und sozial nahe verwandten Frankreichs, das so viele Male im Laufe des 19. Jahrhunderts revolutionäre Umwälzungen erleben mußte und dem die nach der Niederlage gegründete Republik die Sicherheit des politischen Lebens, die Stetigkeit der Entwicklung und die nationale Spannkraft gab, durch die es ihm möglich wurde, die verloren gegangenen Provinzen wiederzugewinnen. Wir hatten das Glück, daß wir einstimmig unserem wieder aufstehenden Staate eine Staatsordnung geben konnten, die andere Völker erst nach langen Bruderkriegen und unermesslichen Leiden gewannen. Uns wurde dann um so leichter, als sich das mit der ruhmvollen Vergangenheit verband, in der Polen eigentlich eine Republik mit einem König an der Spitze war. Wir haben niemals einen Absolutismus gekannt, und es irren sich diejenigen, die in einer Diktatur oder Monarchie einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten sehen möchten. Sowohl unsere Überlieferung als auch unsere Lage in der Gegenwart und die Notwendigkeit, plötzliche Veränderungen und einschneidende Umgestaltungen zu vermeiden, befiehlt uns, dauernd und kraftvoll darüber zu wachen, daß die von der Verfassung eingeführte republikanische Staatsordnung erhalten bleibt. Nur die stetige Arbeit in Frieden und Eintracht kann unserer Republik Größe, Ruhm und Glück voller Entwicklung sichern.“

Scharfer russisch-polnischer Notenwechsel.

Die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Sowjettruppen an der Westgrenze der Ukraine zwischen Husiatyn und Kamenez-Podolski haben weiteren Austausch immer schärferer Noten zwischen Polen und Rußland zur Folge gehabt. Karacan bemerkt in seiner Note, daß Rußland jeden Überfall auf die Ukraine als gegen sich gerichtet ansehe und fordert, daß die Zuspitzung der polnisch-russischen Beziehungen, die dadurch hervorgerufen sei, daß die Truppen Petljuras von polnischer Seite unterstützt werden, ein Ende haben müsse. Karacan hält ferner an der Behauptung fest — trotzdem die polnische Regierung das nachdrücklich abstreitet —, daß die antibolschewistischen Ukrainer nicht nur von den polnischen Militärbehörden, sondern auch von der

Eisenbahn unterstützt würden. Rußland mache Polen für Grenzüberstreichungen durch bewaffnete Banden ebenso verantwortlich, wie dies Polen Rußland gegenüber tue.

Die polnische Regierung überbrachte dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherm eine Note, in der sie feststellt, daß, trotzdem schon ein halbes Jahr von dem Augenblick des Austausches der Ratifizierungsdokumente des Rigaer Vertrages verlossen sei, die Sowjetregierung nicht einen Punkt des Vertrages loyal erfüllt habe. Dagegen entziehe sie sich ständig und systematisch der Durchführung sogar der geringsten Vorschriften des Vertrages. Die Note zählt die Artikel des Vertrages der Reihe nach auf und weist darauf hin, daß alle Vorschriften des Vertrages von der Sowjetregierung entweder verweigert oder nicht durchgeführt wurden. Die polnische Regierung erinnert daran, daß sie rücksichtslos ihre Verpflichtungen Sowjetrußland gegenüber erfüllt habe und daß deshalb ein Recht habe, von der Sowjetregierung eine gleiche Behandlung ihrer Verpflichtungen zu verlangen, von denen die Sowjetregierung dem Buchstaben nach nicht eine erfüllt hat. Die Sowjetregierung habe zwar oftmals Versicherungen über die angeleglichen Absichten einer loyalen Durchführung der Verpflichtungen kundgegeben und versichert, daß alle Fragen, die sich aus dem Rigaer Vertrag ergeben, erledigt werden, sobald die polnische Regierung mit der Sowjetregierung die diplomatischen Beziehungen anknüpfen wird. Die polnische Regierung habe sich mit der Anknüpfung dieser Beziehungen einverstanden erklärt; entgegen den Versicherungen der Sowjetregierung jedoch haben die diplomatischen Beziehungen zu neuen Streitigkeiten geführt. Da die Sowjetregierung die Durchführung des Rigaer Vertrages von immer neuen Bedingungen und Umständen abhängig machte, habe die polnische Regierung mit beispielloser Geduld sich die Versicherungen, Versicherungen und das Festhalten neuer Termine von Seiten der Vertreter Sowjetrußlands angesehen. Nun seien alle von den Vertretern der Sowjetregierung angezeigten Auszahlungs- und Räumungstermine verstrichen und nichts weise darauf hin, daß die Sowjetregierung die wirkliche Absicht hat, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Deswegen müsse die polnische Regierung Zweifel hegen, ob die Sowjetregierung überhaupt fähig sei, irgendwelche von den übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die polnische Regierung erwarte von der Sowjetregierung kein neues Versprechen, sondern unverzügliche Durchführung der Verpflichtungen, deren im Vertrage bezeichneten Termine schon längst abgelaufen sind.

Stimmunt bei Benesch.

Warschau 8. November. Während des ganzen Sonntags fanden in Prag Verhandlungen zwischen den Ministern Stirmunt und Benesch statt die mit voller Einmütigkeit der Anschauungen in allen auf dieser Konferenz besprochenen Fragen endeten. Am Sonntagabend begab sich Minister Stirmunt in das Außenministerium wo er mit Benesch den polnisch-tschechischen Vertrag unterzeichnete. Minister Stirmunt fuhr am Montag abends aus Prag ab und wird heute abend in Warschau erwartet.

Bessere Aussichten für die englisch-irischen Verhandlungen.

Haag 8. November. Der erste Minister von Ulster Craig, hat die Einladung des Londoner Kabinetts zur Besprechung der irischen Frage angenommen. Die englischen Zeitungen sind der Ansicht, daß die Aenderung die Lloyd George in seinen Plänen bezüglich seiner Anwesenheit zur Washingtoner Konferenz getroffen hat, nicht bedeute, daß die Lage der irischen Unterhandlungen eine ernste Wendung genommen habe. Im Gegenteil sagt der Daily Telegraph, in wohlinformierten Kreisen erklärt man, die Situation habe sich abgeklärt und die Befürchtung von einem baldigen Bruch sei zum Teil verschwunden. Den Daily News zufolge tritt das Kabinet Craig in einem Briefe für eine Volksabstimmung in Tyrone und Fermanagh ein. Dieser Brief soll das Ergebnis eines einstimmigen Kabinettsbeschlusses sein.

Sorgen ist das erste Glaubuch des südrischen Parlaments ausgegeben worden. Es trägt den Titel: „Offizielle Korrespondenz der Friedensverhandlungen vom Juni bis September 1921“ und umfaßt den Schrittwechsel, der zwischen Lloyd George und de Valera vom 24. Juni bis 30. September geführt worden ist. Das erste Schreiben trägt die Überschrift: „Brief des englischen Ministerpräsidenten an den Präsidenten de Valera“ und enthält das Angebot de Valeras zur Unterzeichnung der Möglichkeit einer Vereinigung einer Konferenz abzuhalten. Das letzte Schriftstück ist ein Telegramm des südrischen Parlaments vom 30. September, in dem das Angebot angenommen wird. Einige der irischen Mitteilungen sind in irischer Sprache abgedruckt und werden mit offizieller Übersetzung veröffentlicht. Das Buch umfaßt 23 große Seiten.

Rücktrittsabsichten Lloyd Georges?

London 8. November. (Tel.-U.) Lloyd George hatte eine Besprechung mit dem König, die sich auf die irische Frage und die ägyptische bezog. Der Daily Express erklärt, daß Lloyd George im Falle des Scheiterns der Verhandlungen mit Ulster seine Demission einreichen wird. Auch der größte Teil einer Mitarbeiter dürfte seinem Beispiel folgen.

Gisela aber allein zu Hause bleibt, mag er nicht fort. Er war so glücklich, als ich ihm den Vorschlag mit Milmer machte. Ich habe auch schon an Mutter geschrieben deswegen.

Er lachte kurz auf. „So, das ist ja reizend! Ohne mich auch nur ein bißchen vorher zu fragen? Die Deinen in Milmer werden sich schon bedanken für Gisela.“

Sie fuhr ihm mit dem Zeigefinger über die Augenbrauen, wie sie immer tat, wenn sie ihn zum Lachen bringen wollte.

„Kleiner Mann, hör' doch erst einmal in Ruhe zu: Siehst Du, während ich mit unserem Jungen und der armen Gisela nach Milmer gehe, ziehst Du irgendwo in die Berge und läufst Dich wieder frisch und braun. Und wenn Deine Ferien zu Ende sind, kommst Du nach Milmer und holst mich ab. Einverstanden?“

Er seufzte tief und machte ein klägliches Gesicht. „Gräßlicher Gedanke, so lange von Dir weg zu sein. Aber Du scheinst ja förmlich Sehnsucht danach zu haben.“

„Hui, Knut, — das glaubst Du ja selber nicht. Aber wirklich, es schadet gar nichts, wenn Eheleute auch einmal ein Weilchen getrennt sind. Da merkt man erst, was man aneinander hat. Und die Wiedersehensfreude ist nachher um so größer.“

Jetzt lachte er und nahm ihr Gesicht zwischen seine Hände.

„Mein dummes, kleines Fräulein! Na dem meinetwegen. Aber lange halte ich's ohne Dich nicht aus. Ich komme schon sehr hoch nach Milmer. Wenn wir das mit Gisela nicht wäre! Weißt Du ich habe solch unbestimmtes Gefühl, als ließe das nicht gut ab.“

Sie lachte ihn aus. „Na, nu der Herr Professor wird doch nicht an Whimmungen leiden? Sei geschickt, alter Junge. Böse Ahnungen sind

Die deutschen Steuervorlagen.

In der Reichstags-Sitzung am 4. November ergriff der Reichsfinanzminister Dr. Hermes das Wort zu einer längeren Rede über die neuen Steuervorlagen. Er sagte: „Bei Aufstellung der Entwürfe ist davon ausgegangen worden, daß jede vorhandene Steuerquelle bis auf äupferne ausgeschöpft werden muß, daß jedoch eine Überspannung der steuerlichen Belastung zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens führen und damit die Quelle, aus der die Einnahmen fließen sollen, verstopfen müßte. Ich bin mir bewußt, daß die Steuern über die Sie beschließen sollen, die ungeheuerliche Belastung darstellen, die je einem Volke zugemutet worden ist. Gigantisch wie der Kampf, in dem das deutsche Volk mehr als vier Jahre lang der ganzen Welt gegenüber gestanden hat, sind auch die Folgen für uns, die wir schließlich der Übermacht unterliegen sind. Ich habe aber die Zuversicht, daß die neuen Steuerentwürfe, die jetzt vom deutschen Volke verlangt werden müssen, von ihm getragen werden können, wenn alle Kräfte, die im deutschen Volke ruhen, vereint und zur höchsten Leistung angepannt werden.“

Die Gesetzentwürfe gehen grundsätzlich keine neuen Bahnen; sie wollen ihr Ziel durch den Ausbau der bestehenden Steuervergesetzgebung erreichen. Die Anregungen, die über neue Steuerquellen und Steuerformen hervorgerufen sind, waren zahlreich. Alle Anregungen sind gründlich und vorurteillos geprüft worden, sie haben zum Teil wertvolle Gedanken enthalten, deren Verwirklichung vielleicht einer späteren Zukunft vorbehalten ist; die nähere Prüfung hat aber doch ergeben, daß im gegenwärtigen Augenblick auf ihre Verfolgung verzichtet werden muß. Die neuen Einnahmen müssen möglichst rasch und ohne erhebliche Störungen des Wirtschaftslebens zum Fließen gebracht werden. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn der Zusammenhang mit der bisherigen Gesetzgebung gewahrt und Experimente vermieden werden.

Was nun die Ihnen vorgelegten Gesetzentwürfe anlangt, so sind sie insofern nicht vollständig, als der Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Kohlensteuergesetzes noch aussteht. Ein solcher Entwurf ist bereits dem Reichstag vorgelegt und von ihm angenommen worden; seine Einbringung in den Reichstag mußte aber zurückgestellt werden, da inzwischen der Reichsrat bestimmte Vorschläge über die Veredelung der Kohlensteuer gemacht hat. Der Entwurf wird daher nochmals überprüft. Zu den Einzelheiten der Gesetzentwürfe Stellung zu nehmen, möchte ich mir heute versagen; die Ausschussberatungen werden ja hierzu noch ausreichend Gelegenheit bieten. Ich möchte aber das Eine hervorheben, daß die Gesetzentwürfe das Ziel haben, einen gerechten Ausgleich zwischen der Belastung des Verbrauchs und der Belastung des Besitzes zu schaffen. Dabei darf ich es im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten Zeit dahingestellt sein lassen, ob die Erhebung von Steuern unter dem Gesichtspunkt der Verbrauchs- und Besitzbelastung nach ihrer tatsächlichen Wirkung überhaupt noch Berechtigung hat. Bleibt man bei dieser Scheidung, dann sind bezüglich der Belastung des Verbrauchs die Erhöhung der Umsatzsteuer und die in Aussicht genommene Erhöhung der Kohlensteuer besonders hervorzuheben. Ich verkenne nicht, daß gerade diese beiden Steuern in ihrem neuen Gewand eine außerordentlich starke Belastung der deutschen Wirtschaft und jedes einzelnen Haushalts bringen werden. Aber auf den die Grenze des Möglichen erreichenden Ausbau dieser Steuern kann wegen des bedeutenden geldlichen Ergebnisses unter keinen Umständen verzichtet werden. Den Hauptteil der Besitzsteuern bildet die Vermögenssteuer. Sie ist notwendig geworden, um den Gedanken, der im Reichsnotopfer enthalten war, aber durch die inzwischen eingetretene Geldentwertung sich nicht hat reichen lassen, in einer den veränderten Verhältnissen angepaßten Weise zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zweck soll eine laufende Vermögenssteuer erhoben und von drei zu drei Jahren nach einem Maßstabe veranlagt werden, der den jeweiligen Wert der Vermögen richtig erfährt. An Stelle des in Wegfall kommenden Teiles des Reichsnotopfers soll auf die Dauer von 15 Jahren ein Zuschlag zur Vermögenssteuer treten, der so bemessen sein muß, daß er einen vollwertigen Ersatz für das Reichsnotopfer bildet. Neben dieser Vermögenssteuer wird eine laufende Vermögenszuwachssteuer und eine einmalige Besteuerung des Vermögenszuwachses aus der Nachkriegszeit vorgeschlagen.

Die erstmalige Veranlagung der Vermögenssteuer konnte erst für das Jahr 1923 in Aussicht genommen werden, da zunächst die Veranlagung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer für die Jahre 1920 und 1921 sowie die endgültige Veranlagung des Reichsnotopfers durchgeführt sein müssen. Da aber mit der Heranziehung des Besitzes nicht bis 1923 zugewartet werden kann, ist im Vermögenssteuergesetzentwurf vorgesehen, daß im Jahre 1922 über die im Gesetz vom 22. Dezember 1920 vorgesehene beschleunigte Entziehung des Reichsnotopfers hinaus ein weiterer Teil des Reichsnotopfers, namentlich bei den Erwerbsgesellschaften, eingehoben ist.

Nicht minder wichtig als die Schaffung neuer Einnahmen ist die richtige und rasche Veranlagung und Erhebung der bestehenden Steuern. Hier sind erhebliche Mängel vorhanden. Ich werde mit allem Nachdruck auf eine rasche Erle-

Lies Kainer.

Geschichte einer Ehe von Leontine von Winterfeld.

(48. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterlagt.)

21. Kapitel.

Auf und ab in seinem Arbeitszimmer ging Knut, die Hände auf dem Rücken.

„Ich finde es ja rührend von Dir, Lies, aber Du lädst Dir damit eine riesige Last auf. Diese frante, unzurechnungsfähige Frau? Ich möchte auf jeden Fall dagegen protestieren.“

Lies lehnte schmeichelnd ihren Kopf an seine Schulter.

„Sieh mal, Knut, sie ist doch so fürchtbar elend jetzt. In ein Sanatorium will sie nicht, mit Gewalt kann er sie doch nicht hinbringen. Keine Menschenseele will sie sehen, nur ich soll immer bei ihr sein.“

„Na, das ist ja gerade das Unglück! Als ob Du nicht ans gehörst und nicht diesem überpannten Frauenzimmer.“

„O Knut, — sie legte ihm erschrocken die Hand auf den Mund, — die Frau hat namenlos gelitten, glaube mir, sie tut mir so schrecklich leid.“

In Lies' Augen standen Tränen.

„Sein Kind zu verlieren, sein einzigstes, das ist ja gar nicht auszudenken, wie traurig das sein muß!“

„Und wie hat sie sich erst angestellt, ehe es da war. Mein, Lies, ich kann das nicht zugeben. Du machst Dich selber auch noch ganz krank dadurch.“

Sie zog ihn neben sich an, das Sofa und streichelte seine Hand.

„Herzensmann, sei doch nicht so hart. Ich kenne Dich ja nicht so. Sieh mal, es wäre für alle Teile so gut. Erst, der jetzt ganz zu Ende ist mit seinen Nerven, könnte etwas für seine Gesundheit tun und in die Berge gehen. Wenn

immer Folgen vom schlechten Befinden, dieses von Lehrstuhl und zu viel Arbeit, — ergo: der Herr Professor zieht schleunigst mit dem Rucksack in die Berge und dann mit der Büchse nach Milmer. Auf daß alle dummen Vorahnungen auf und davon fliegen. Komm Lieb! Die alten Bücher verstauen wir jetzt zu unterst in Deinen Schrank, und dann lassen wir uns die Koffer schleunigst vom Boden holen; hurra!“

Da sah er sie an, und alle seine Sorgen flogen wie kleine schwarze Vögel hintereinander aus dem offenen Fenster in den hellen Sonnenschein.

Heiß prallte die Augustsonne nieder auf die erntereifen Felder. In Milmer waren sie schon beim Roggeneinfahren. Vater und Fried waren den ganzen Tag auf dem Felde — braungebrannt, mit großen, hellen Strohhüten.

In den alten Erntekronen vom vorigen Jahr in der Vorhalle des Herrenhauses spielte der Sommerwind, der durch die weite, offene Haustür sprang, mit den verchliffenen, seidenen Bändern und dem knisternden Goldpapier.

Leise tauchten die alten, tief niederhängenden Büchen, die den weiten, kurzgeschorenen Rasenplatz umsäumten, Bierelang fuhr donnernd ein Fuhrer Roggen nach dem andern über den Hof. Unermüßlich knallte der Knecht mit seiner buntrodeligen Peitsche und piff dabei in steter Wiederholung die Melodie von:

Wenn hier ein Pott mit Bohnen steht,
Und da ein Pott mit Brül,
Latt il den Pott mit Bohnen stahn
Und go to min Marie!“

Dazwischen Klang von Zeit zu Zeit aus der nahen Poppel das Brüllen einer Kuh herüber oder das Klattern der Nähmaschine vom Waldbrand. Aber dem allen aber hing ein tiefblauer wolkenloser Himmel und lachender, stimmungsvoller Augustsonnenschein.

(Fortsetzung folgt.)

bigung der laufenden Veranlagungsarbeiten hindern. Einen besonderen Erfolg für die Steuerveranlagung verspreche ich mit dem dem neuingeleiteten Buch- und Betriebsprüfungsdienst. Eine Denkschrift hierüber wird Ihnen gleichzeitig mit dem dritten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 zugehen. In diesem Nachtrag sind für den genannten Zweck rund 25 Millionen Mark angefordert, die sich für das Jahr 1922 auf rund 50 Millionen Mark erhöhen dürften. Ich betrachte diese Ausgaben als verbende im vollsten Sinne des Wortes, denn die Buch- und Betriebsprüfung wird ein Vielfaches des Aufwandes, den sie erfordert, durch ein erhöhtes Steueraufkommen wieder einbringen.

Auf die Bedürfnisse der Länder und Gemeinden ist in den Gesetzentwürfen weitgehend Rücksicht genommen. Trotz wesentlicher Erhöhung der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer ist das Verhältnis der Länder und Gemeinden an diesen Steuererträgen unverändert geblieben. So daß sich bei diesen Steuern wesentlich erhöhte Ueberweisungen ergeben werden. Außerdem ist den Ländern und Gemeinden im Kapitalverkehrssteuergesetz, bei der Gewerbesteuer und ferner bei der Kraftfahrzeugsteuer ebenfalls eine Beteiligung zugesprochen worden. Damit ist aber auch bei der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit, die Länder und Gemeinden an Reichsteuern zu beteiligen, erschöpft.

Der Notlage der Kleinrentner ist im Vermögenssteuergesetz Rechnung getragen. Sie sollen unter gewissen Voraussetzungen nicht nur von der Vermögenssteuer, sondern auch vom Einkommensteuern befreit werden. Sogar das bereits entrichtete Reichskontingent wieder erstattet werden können.

Über den Mehrertrag der vorgezogenen Steuern kann in Zeiten des schwankenden Geldwertes kaum eine Voraussage gemacht werden, die auf unbedingte Richtigkeit Anspruch hätte. Immerhin glaube ich bei vorläufiger Schätzung diesen Mehrertrag mit 40 bis 42 Milliarden M. veranschlagen zu können.

Garantien für Ungarns Abrüstung.

Belgrad 8. November. (Telunion.) Die Meldungen zufolge legte der Komar die Gegenantwort an die Vorkonferenz fest, worin der Reichstag der Antikontinentalen über den Thronverzicht des Kaisers Karl sowie sämtlicher Mitglieder des Hauses Habsburg zur Kenntnis genommen wird. In der Gegenantwort werden sämtliche Garantien für Ungarns Abrüstung, unter anderem die Präzedenzfälle für die keine Orientie in der Kontrollkommission verlangt.

Deutsches Reich.

Erhöhung der Körperschaftsteuer. Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Körperschaftsteuer behandelt. Es lag ein auf Anregung der Reichsregierung zurückgehender Antrag des Abg. Keil (Soz.) vor, der folgendes Gesetz befürwortete: Die Reichsregierung wird ermächtigt, den Steuerfuß der Tarifnummer 4 a, 5 des Reichsstempelgesetzes vom 8. Juli 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 26. Juli 1918 bis auf 1 vom Hundert und im Falle der Ermäßigung unter 1 zu dieser Tarifnummer bis auf 2 vom Tausend zu erhöhen. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, den Steuerfuß der Tarifnummer 4 a, 6 bis auf 1 vom Hundert zu erhöhen und diese Steuer auf andere Anschaffungsgegenstände auszuweiten, die auf ausländische Währung lautende Zahlungsmittel zum Gegenstande haben und bisher nicht unter die Tarifnummer 4 a, 6 fielen oder von der Steuer befreit waren. Zur Durchführung dieser Vorschriften kann der Reichsminister der Finanzen weitere Anordnungen erlassen. Hierzu beantragte Abg. Bernstein (Soz.), daß dieses Gesetz mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft treten solle. Nach eingehender Diskussion wurden die Anträge Keil (Soz.) und Bernstein (Soz.) einstimmig angenommen.

Im Reichstage wurde der vom Steuerausschuß gebilligte Antrag, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, die Körperschaftsteuer zu erhöhen, einstimmig in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der 9. November. Das thüringische Staatsministerium das bekanntlich rein sozialistisch ist, erläßt einen Aufruf, der zur feierlichen Abhaltung des 9. November, des Revolutionstages, auffordert. Bekanntlich ist in Thüringen ohne Verlangen des thüringischen Landtages das Reformationsfest zur Verhandlung abgelehnt. Die sozialdemokratische Partei Hessen fordert anlässlich der allgemeinen Notlage die Arbeiter auf, von einer Arbeitsruhe am 9. November abzusehen.

In Berlin schweben Verhandlungen mit den städtischen Arbeitern, daß am 9. November wenigstens ein Dienst wie an Sonn- und Feiertagen geleistet wird, so daß nicht der gesamte Verkehr, sowie die Licht- und Kraftversorgung stocken werden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 8. November.

Kreissynode des Kirchenkreises Posen I.

Unter dem Vorsitz des Superintendenten Rhode tagte am Montag von 9 Uhr vormittags an die Kreissynode des Kirchenkreises Posen I, der 57 Synodale von 84 der Synode angehörenden bewohnten. Anwesend war außerdem der Generalsuperintendent D. Blau.

Nach dem gemeinsamen Gesange von „Allein Gott in der Höh' sei Ehr“ hielt Pastor Büchner die Morgenandacht über Jeremias 20. In seiner tief ergreifenden Ansprache verglich er die Lage unserer evangelischen Kirche mit dem babylonischen Exil der Juden und führte u. a. aus: Man hat so vieles verloren, was einem teuer war; wir sind so wenige geworden; der Zusammenhang mit der alten Mutterkirche — alles so ganz anders! Manchem kommt einem der Gedanke — auch fort! Da steht der Prophet Jeremias auch vor dir: tue deine Schuldigkeit; suche dich in den Verhältnissen zurechtzufinden und die Verhältnisse zu überwinden. Jetzt ist es an euch, zu beweisen, daß ihr Glieder des Volkes seid. Ihr sollt jetzt Missionare sein im fremden Volkstum; ihr sollt es beweisen: wir sind des Herrn. Mit einem frohen Ausblick auf eine bessere Zukunft schloßen die ergreifenden Ausführungen.

Darauf trat man in die Beratung der Tagesordnung ein, die der Vorsitzende der Synode, Superintendent Rhode, mit einem Gebet, der Feststellung der Anwesenheitsliste und der Verpflichtung der neuen Abgeordneten eröffnete. Dann erstattete er den die Jahre 1920 und 1921 umfassenden Ephoralbericht.

in dem er u. a. etwa folgendes ausführte: Wir befinden uns noch im Krieg nach dem Kriege. Da heißt es dulden, ausharren und hoffen. Unser Kirchenkreis ist von diesem „Krieg nach dem Kriege“ wohl am meisten betroffen worden von allen Kreisen im abgetrennten Gebiet. Wir zählten 72.000 Seelen und sind jetzt nach Schätzung auf 20.000 zurückgegangen, in der Stadt auf ein Zehntel, auf dem Lande auf drei Viertel des früheren Bestandes. Und dabei ist das Ende der Abwanderung noch nicht abzusehen. Der Grund unserer Verfolgungen ist nicht das Bekenntnis, sondern das Volkstum. Übertritte nicht zu beklagen. Aber die Geschichte ist ja nicht dazu da, daraus zu lernen. Zuerst gingen die Beamten, dann die Geschäftsleute. Viele wurden beschäftigungs- und verdienstlos und waren zur Abwanderung gezwungen. 1921 ging man an die Entrechnung der Domänenpächter und jetzt der Ansiedler. Diese Abwanderung der Landleute wirkt für unsere Gemeinden geradezu katastrophal. Trotzdem wollen wir halten, was zu halten ist. Die Versorgung der Gemeinden durch Geistliche, der Religions- und Schulunterricht gestaltet sich immer schwieriger. Der Geistliche muß jetzt weit mehr als sonst Vertrauensmann der Gemeindeglieder sein, der Pastor muß weit mehr als früher ein Mann des praktischen Lebens sein.

Von allen Ständen der evangelischen Gemeinden sind die Geistlichen die schmerzhaftesten geblieben. Während von 9000 Lehrern 8000 abgewandert sind, ist die ursprüngliche Zahl der Geistlichen von 400 um 40 zurückgegangen, die durch Tod und Zusammenlegung der Gemeinden Ausgeschiedenen mit einbezogen. Von 28 ursprünglich vorhandenen zählt der Kirchenkreis noch 19 Geistliche. Zwei hat er durch den Tod verloren: den Pastor Herzka von der Christuskirche in Posen und den Pastor Schied aus Stenichow, letzteren durch Ermordung. Als auffällige Tatsache ist zu bemerken, daß auf die Ermittlung des Mörders die sonst übliche Belohnung von den polnischen Behörden nicht ausgesetzt worden ist. (Lebhaftes Gort, hört!) Es bleiben nur drei Geistliche im Kirchenkreis, die hier hätten bleiben können und mithin ohne zwingende Gründe abgewandert sind. Neu eingetreten sind in den Synodalkreis die Geistlichen Superintendent Rhode und die Pastoren Kammel und Paarmann. Internierungen von Geistlichen kamen 1920 nur noch selten vor, wenn man von der Verhaftung des Superintendenten Rhode und der drohenden Verhaftung des Geheimrats Staemmler absehen will. Von 22 Parochien werden sich infolge der Abwanderung 5 als selbständige nicht mehr aufrecht erhalten lassen, mehrere andere nur durch Zusammenlegung mit anderen Gemeinden. Die Gottesdienste sind im allgemeinen gut besucht; freilich ist das nicht immer ein Zeichen wirklich regen kirchlichen Lebens. Der regere Besuch ist zurückzuführen auf die geringeren Vereins- und Gesellschaftsveranstaltungen. Austritte aus der Kirche fanden nicht statt. Dagegen herrscht innere kirchliche Feindschaft. Bedauerlich ist der Wegfall mancher Gottesdienste. Die Kollekten sind erheblich in die Höhe gegangen, wenngleich die bedachten Anhalten sich von den höheren Erträgen weniger leisten können, als früher von den niedrigeren. Der Bericht gedachte weiter der Einrichtung polnischer Gottesdienste in der Pauskirche und des von den Polen dagegen gezeigten Widerstandes. Polnische Amtshandlungen haben in der Stadt bereits mehrfach stattgefunden. Neu eingerichtet wurde polnischer Konfirmandenunterricht. Die Mädchen haben sich seit 1918 relativ und absolut vermehrt. Die Mißbilligkeiten in diesen Ehen haben sich neuerdings aus nationalen Gründen ebenfalls vermehrt. Mit geschiedenen Ehen aus Kongregellen ist viel zu rechnen. Der Stand des ehelichen Lebens hat sich verschlechtert, damit auch der Stand der Kindererziehung. Bemängelt wurde weiter der Schulunterricht der evangelischen Kinder in der Stadt Posen, hier gibt es nur noch zwei evangelische Schulen. Besonders traurig ist es mit den Schulhilfskräften aus Galizien und Kongregellen bestellt. Unter dem mangelnden Religionsunterricht leidet der Konfirmandenunterricht und der Kindergottesdienst sehr. Jünglings- und Jungfrauenvereine sind vielfach eingegangen. Die Willigkeit der Kinder, sich unter die Zucht der Eltern zu stellen, ist zurückgegangen. Eitelleits- und Eigentumsverbrechen unter den Jugendlichen haben zugenommen. Trunksucht und Vergnügungssucht wachsen mit dem steigenden Arbeitsverdienst. Eblere Gewinne sind verloren gegangen, dagegen haben Puh- und Verschwendungssucht zugenommen. Schwere Sorgen bereitet den meisten Gemeinden infolge der Abwanderung der Lehrer die Kanonfrage schon in der Stadt, wieweil mehr auf dem Lande. Deshalb muß man mit aller Kraft darnach streben, Hilfsorganen auszubilden. Auch die Kirchenchorpflege ist erforderlich. Überall sollten Kirchenchöre gegründet werden, selbst unter Geranziehung auch der Kirche fern stehender Kreise. Große Voricht muß nach mancher üblen Erfahrung bei der Auswahl der Musiker obwalten. Das Amt der Kirchenältesten ist jetzt besonders wichtig, sie müssen jetzt manchmal den Pfarrer bei Amtshandlungen vertreten, so durch die Abhaltung von Beigesottesdiensten. Neben der Vermögensverwaltung liegt ihnen ob, den innigen Zusammenhang der Gemeinde zu fördern. Unsere Aufgabe wird es ferner sein, gegen sektiererische Bestrebungen vorzugehen, besonders durch Förderung des kirchlichen Gemeinschaftslebens. Hausgottesdienste und Muttergottesdienste in der Religion müssen wieder eingerichtet werden. Das christliche Vereinsleben liegt völlig darnieder: die Vereine sind teils eingegangen, teils führen sie ein jämmerliches Leben. Die Vereine der Frauenhilfe leben noch fort. Der Vorsitzende gedachte dann noch des zur Gewährleistung des theologischen Nachwuchses vor kurzem ins Leben gerufenen Predigerseminars und schloß seinen ergreifenden Bericht mit den Worten: Man möchte schier verzagen, wenn man alles in Trümmern sinken sieht. Wir dürfen aber die Zuversicht nicht verlieren. Wir haben etwas, das mehr ist als alle natürliche Standhaftigkeit und alles Selbstvertrauen: unsern himmlischen Vater. Unsere evangelische Kirche hat schon vor 300 Jahren schwerere Zeiten durchgemacht. Heut flutet der Strom der Zeit viel schneller dahin. Auf die Besserung hinarbeiten wollen wir mit aller Freudigkeit. Uns ist bange, aber wir verzagen nicht!

An den Ephoralbericht knüpfte sich eine längere Aussprache, an der sich die Synodalen Herbrechtsmeyer, Oberkonsistorialrat Kähler, der erste Geistliche der Pauskirche, Geheimrat Staemmler und die Pastoren Pich und Schleg beteiligten. Der Synodale Herbrechtsmeyer dankte dem Vorsitzenden für den tiefgründigen Ephoralbericht mit seinem pädagogischen Inhalt und nahm zu der Schließung des Evangelischen Predigerseminars, das in die Gemeinden große Beunruhigung getragen habe, Stellung. Nachdem Oberkonsistorialrat Kähler zu dem Vorgange noch verschiedene erläuternde Erklärungen gegeben hatte, nahm die Synode einstimmig folgende vom Synodalen Herbrechtsmeyer beantragte und begründete Entschließung

Entschließung

an: Die heut, am 7. November, versammelte Kreissynode des Kirchenkreises Posen I erhebt einmütig Einspruch gegen die vom Ministerium des ehem. preuß. Zellgebiets angeordnete Schließung des Posener Predigerseminars. Sie erblickt darin eine Verletzung des Art. 118 der feierlich verkündeten Verfassung der polnischen Republik und einen Eingriff in die der evangelischen Kirche zugesagte selbständige Regelung ihrer inneren Angelegenheiten.

Die Kreissynode dankt dem Evangelischen Konsistorium, insbesondere dem Herrn Generalsuperintendenten D. Blau für sein mannhaftes Eintreten in dieser Angelegenheit beim hiesigen Ministerium, durch das die Schließung des Predigerseminars wieder aufgehoben wurde.

Die Kreissynode bittet das Evangelische Konsistorium, auch in Zukunft darüber zu wachen, daß das Predigerseminar als lebensnotwendig für den Fortbestand der evangelisch-unierten Kirche in diesem Landesteil ungeschmälert erhalten bleibt.

Synodale Geheimrat Staemmler berichtete über die gegen die Einrichtung der polnischen Gottesdienste in der Pauskirche polnischerseits unternommenen Schritte, worauf die Synodalen P. Pich und P. Schleg verschiedene Ausführungen des Ephoralberichts unterrichteten.

Darauf wurden die Tagelöhner der auswärtigen Synodalen von 20 auf 300 M. erhöht; außerdem wurde ihnen Eisenbahnfahrts dritter Klasse und 15 M. für jeden Kilometer Landweg bewilligt. Die Verteilung der 3865,90 M. betragenden Siedenkollekte wurde nach dem Antrage des Synodalen Pastors Hein-Winn beschloßen. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr der Synode wurde auf 100.000 M. in Einnahme und Ausgabe festgestellt; dabei sollen für das Jahr 1920 9 v. S. und für 1921 12 v. S. zur Einkommensteuer herangezogen werden. Zum Vertreter für Innere Mission wurde Pastor Schleg, Wilhelmshaus, zum Vertreter für Jugendpflege Pastor Stumack, in den Synodalkonferenzen Pastor Stuhlmann, in den Rechnungsausschuß Synodale Baumelster Handke gewählt. An die Stelle des freiwillig zurückgetretenen Pastors Büchner wurde Superintendent Rhode für die Landessynode gewählt.

Sodann wurde ein Antrag der Christuskirchengemeinde auf Herabsetzung der Zahl der Ältesten von 6 auf 4 und der Gemeindevorsteher von 18 auf 12 einstimmig angenommen. Den Schluß der Tagesordnung bildete ein Bericht des Pastors Benade-Nordheim über die Vorlage des Kon-

fistoriums: „Was kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Förderung und Vertiefung des kirchlichen Lebens unter den Gemeindegliedern und der Einzelgemeinde geschehen?“ Der Berichtler erläuterte und begründete die neuen Pflichten, die sich aus den infolge der Abwanderung geänderten Verhältnissen für die Geistlichen, die Mitglieder der kirchlichen Körperschaften und die evangelischen Lehrer ergeben, und zeigte, wie die Frauen zur Mitarbeit herangezogen werden müßten, bei der Leitung der Mutterschule, der Kindergottesdienste, als Helferinnen und Pfarrgehilfen und bei der Frauenhilfe.

In der Besprechung wies Generalsuperintendent D. Blau, indem er einzelne Ausführungen des Berichts besonders unterstrich, auf die besonderen Pflichten hin, die für die Gemeinden aus der Verringerung der Pfarrerschaft und aus dem Geringerwerden der führenden Männer erwachsen. Er schloß seine wertvollen Fingerzeige mit dem eindringlichen Appell: Erkennen Sie den Ernst der Zeit. Die Aufgaben der Kirche sind riesengroß, die Lasten sind riesengroß. Die Arbeit, die getan werden muß, ist riesengroß. Sind Männer zu dieser Arbeit vorhanden? Gott gebe es. Darum dienen einander ein jeder mit der Gabe, die ihm gegeben ist!

Zum Schluß regte Pastor Benade die Abhaltung der Synode an einer früheren Jahreszeit an.

Mit Gebet und Segen schloß darauf der Vorsitzende, Superintendent Rhode die Synode nach 4 1/2 stündiger Dauer. hb.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet morgen, Mittwoch, nachmittags von 6 Uhr ab statt.

Ein Groß. Heut nacht ging das Thermometer auf - 4 Grad Celsius herab. Die zahlreichen Pfägen, die sich infolge des heftigen der Landwirtschaft herlich mitkommenen Regenwetters in den Straßen gebildet hatten, waren heut früh mit einer dicken Eisschicht überzogen.

Erzmesen, 7. November. Für den dritten Wahlbezirk des Kreises Rogosin wurden sechs deutsche Kandidaten zu Kreiswahltagen aufgestellt, die einer Prüfung in polnischer Schrift unterzogen wurden. Von diesen sechs Herren wurde Guttschick Seel-Preis durch ein Diktat in polnischer Schrift geprüft, das er geläufig niederschrieb und als Kandidat in Aussicht gestellt.

Handel, Gewerbe und Verkehr. Kurse der Posener Börse.

Table with 3 columns: Official Rate (Offizielle Kurse), 8. November, and 7. November. It lists various financial instruments like banknotes, bonds, and exchange rates with their respective values and changes.

Von der schwarzen Börse in Warschau. Im Verlaufe des Montags zahlte man noch offiziell 10 polnische für 1 deutsche Mark, im privaten Handel zahlte man nur noch 8 Mark. Die jüdischen Weisler deutscher Valuta rechnen mit einem weiteren Fall der deutschen Mark und zwar unter dem Eindruck von Nachrichten aus dem Ausland, wo man alle Vorräte massenweise auf den Börsenmarkt wirft. Dies geschieht besonders in England, wo große Vorräte deutscher Valuta in der Hoffnung auf eine für Deutschland günstige Lösung der oberirdischen Frage aufgelistet wurden. Heute schlägt man in England deutsches Geld um jeden Preis los. Verwunderung an der Börse erregt der sehr starke Rückgang des Goldwertes. Goldrubel, deren Kurs vor kurzem noch mit 300.000 polnischen Mark für 100 Rubel gezahlt wurde, fielen gestern auf 130.000; hierbei war die Nachfrage nach Goldrubeln so schwach, daß man am Ende des gestrigen Tages 100 Goldrubel gern für 110.000 polnische Mark loskäufte.

Lokal- u. Provinzialzeitung

Posen, 8. November.

Ein schöner deutscher Sieg.

Bei den am Sonntag in Rawitsch vollzogenen Stadtverordnetenwahlen errangen die Deutschen einen schönen Sieg...

Die Wahltschlacht ist geschlagen; hart und heiß war der Kampf - siegreich der Ausgang für unsere deutsche Seite...

Zu den Fernsprechstörungen teilt die Postdirektion Posens mit: In letzter Zeit mehren sich die Klagen der Abonnenten über Fernsprechstörungen...

Sammlung für das polnische Rote Kreuz. Am nächsten Sonntag, dem 18. d. Mts., findet in der ganzen Wojewodschaft Posens eine Sammlung des Roten Kreuzes zugunsten der blinden Soldaten statt...

Dienstpflicht der emeritierten Lehrer. Sämtliche emeritierten Lehrer Posens sind, falls der Arzt festgestellt hat, daß sie gesund sind, verpflichtet worden, wieder Dienst zu tun...

Alterszulagen, wie die anderen Beamten. Allerdings wird ihnen nur ein Dienstalter von 20 Jahren angerechnet.

Violinkonzert Frau Weise. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 12. d. M., abends 8 Uhr im großen Saale des evangelischen Vereinshauses, veranstaltet vom Deutschthumsbund...

Posener Arbeitsmarkt. Nach der Statistik des städtischen Arbeitsamtes sind im Baugewerbe 10 Arbeitsstellen frei, 15 Arbeitsgesuche liegen vor...

Die Aufhebung der Millionenschreibungen. Von der hiesigen Wojewodschaft wird mitgeteilt: In der Nummer 211 vom 5. November 1921 wurde im Posener Tageblatt eine Notiz in Sachen Dziubiński unter dem Titel „Aufhebung von Millionenschreibungen“ veröffentlicht...

Bei unserer Mitteilung über die Ermittlung von Valutaschiebungen hatten wir erwähnt, daß der polnische Lloyd in der Wielkie Garbary (fr. Große Gerberstr.) in die Angelegenheit mit verwickelt ist...

Der große Unfug des böswilligen Abziehens von Feuermeldern ist seit einiger Zeit wieder ganz besonders stark im Gange. Seit früh in der 7. Stunde wurde die Feuerwehr ebenfalls böswillig nach ul. Półwiejska 16 (fr. Halbdorferstr.) gerufen...

Verhaftung von Einbrechern. Bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung in einer Wohnung der ul. Piotra Wawrzyniaka (fr. Kaiser Friedrichstraße) wurden 70 Flaschen Wein und viele Flaschen Likör gefunden...

Einbruchsdiebstahl. Bei einem Einbruchsdiebstahl Chwaliszewo 29/30 (früher Wallischei) wurden außer verschiedenen Kleidungsstücken fünf goldene Ringe, darunter ein 18k'rätiger Trauring, gez. E. K. ferner eine silberne Herrenuhr...

Am 7. November. Sämtlichen Anliegern in Nehtau ist zum 1. Dezember d. J. gefündigt, desgleichen einem Teil von Anliegern aus Eiselaun, Sarnau und Madmannsdorf. Das Geld für das Getreide, das die gefündigten Anlieger nach dem Tode der Zustellung des Kündigungsscheines noch an den Kreiskommissar abliefern, wurde nicht mehr ausgezahlt...

Am Kongresspolen und Galizien. Bloclawel 6. November. Dieser Tage nahm hier die Polizei zahlreiche Verhaftungen auf der schwarzen Börse vor. Es wurden gegen 100 Personen in Haft genommen.

Redaktion: Dr. Wilhelm Loewenthal. Verantwortlich: für Inhalt, Druck, Form und Anzeigen: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herberichsmeier...

Deutschthumsbund

erbitet und vermittelt Arbeitsaufträge für in der Provinz geschwächte Handwerker der Stadt und Provinz. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Poznań, Wały Sejmowy 2 (früher Kaiserling).

Bekanntmachung.

Die für den 17. November 1921 festgesetzte Zuchtvieh-Ausstellung findet nicht statt. Wielkopolska Izba Rolnicza.

Freiwillige Versteigerung.

Wegen Auflösung der Genossenschaft wird der Klöther'sche Dampf-Drehschlag 1914 am Donnerstag, dem 17. November d. Js., vormittags 11 Uhr, in Golezowo meistbietend versteigert.

Posener Tiefbrunnen-Baugesch. und Pumpenfabrik, Poznań, Traugutta 6, Tel. 1568, liefert erstklassige Arbeiten.

Wir offerieren

zur sofortigen Lieferung, soweit Vorrat reicht, in Waggonladungen franco Station Zbaszyn:

Original - Saattartoffeln

Greißler Wohlmann, Richters weiße Riesen, Kameles Bepo, Benjamins Adonis, Stiefs Odenwälder Blaue, Modrows Industrie.

„Ziarno Siewne“ T. z o. p. Poznań, ulica Mickiewicza 33, Telefon 5273.

Gasöl raffiniert, zur Benzinmischung geeignet, Mt. 110. — per kg liefert sofort

Sander & Brathuhn, Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 23. Tel. 4019.

Pferdehaare, Bürstenfabrik Wronki, Kretzschmar.

Bekanntmachung.

Biuro Komitetu Węglowego gibt hierdurch den interessierten Institutionen und Personen bekannt, dass der Urząd Węglowy był. dzieln. prusk. am 1. Oktober d. Js. aufgelöst worden ist.

Sämtliche Angelegenheiten aus dem Zeitraum vor dem 1. Oktober 1921 befinden sich im Liquidationsstadium. Die Liquidation wird durchgeführt durch den Urząd Węglowy b. dzieln. prusk. w likwidacji unter Leitung des Herrn Rejewski, św. Marcin 64.

In sämtlichen Angelegenheiten, welche die Erteilung von Genehmigungen für Kohlen-Ankauf und -Einfuhr betreffen, wolle man sich an das Biuro Komitetu Węglowego, Warszawa, Jasna 1 wenden.

Der neu eröffnete Zachodnio-Polski Syndykat Węglowy w Poznaniu, welcher sich in den früheren Lokalitäten des Urząd Węglowy, ulica 27. Grudnia befindet ist ein Privatunternehmen und hat nichts Gemeinschaftliches weder mit dem Urząd Węglowy noch m. d. Biuro Komitetu Węglowego.

Warszawa, 3. November 1921. (Par 495) Biuro Komitetu Węglowego w Warszawie.

Auto,

2 Sitze, gut erhalten u. fahrbereit, zu kaufen gesucht. Gef. Offerten mit Beschreibung an G. Jentich, Poznań, ulica Fr. Ratajczaka 21. 13735

Ankäufer a. Bekannte

Zum Export suche ich größere Quanten besäumter Kieferner

Bohlen

in verschiedenen günstigen Abmessungen, auch alle Mengen Schnitware wie

Mundholz

und erbitte umgehende Offerten, da ich mit günstigen Bedingungen dienen kann.

E. Schoen, Nachfolger, Poznań, Starbowa 3. Tel. 3700. Filiale in Berlin.

Obstbäume, Fruchtsträucher, Rosen Spargel, Erdbeer-Heckenpflanzen usw. liefert laut Sorten- u. Preisverzeichnis. Aug. Hoffmann, Baumschulen, Gniezno.

Spiegelstrand, Nußbaum, Beifellen mit Sprungfedermarriage, Wälschisch m. edl. Marmor, Nachtsich, Vertilow, Alcederschrauf, Ausziehfisch, Stühle, 1 Sportwagen und Verschidenes preiswert zu verkaufen. Krasińskiego 13, part. rechts (früher Höfenshausstr.)

Der städtische Schlachthof in Poznań hat vom 1. April 1922 ab monatlich ca. sechs Waggons Dung abzugeben für Lieferung von Neu, Stroh oder Gerste. Offerten bitten wir bis zum 1. Dezember d. J. an die städtische Schlachthof-Direktion zu richten. Magistrat IX.

1 Schlafzimmer u. 1 Salon, alles gut erhalten, abzugeben, unter Bedingungen, die mündlich zu vereinbaren wären. Händler ausgeschloffen. Respektanten wollen ihre Adresse u. 3764 i. d. Besch. d. Bl. niederl.

Grauen Haaren gibt die Naturfarbe unter Garantie wieder „Axela“ Haar-Regenerator Flasche 150 Mk. bei J. Gadebusch, Poznań, Nowa ul. 7 od. Axela-G.m.b.H. Berlin N. 4, Schröderstr. 1.

Stellenangebote

Gesucht wird von der Synagogen-Gemeinde Brzeska zum 15. 12. d. J. ein Kantor, Schächter und Lehrer für den hebräischen Unterricht. Gehalt nach Uebereinkommen. Meldungen erbitet Der Vorstand der Synagogengemeinde Brzeska J. Gans.

Ordnlicher Zeitungs-Austräger für Wilba sofort gesucht. Zu melden ul. Zwierzyńska 6.

Suche per sofort für selbständige Stellung u. Zeitung approbierten Herren. (352) Event. spätere G. Biehlstedt, Apotheke, Ryczyński, Lebernatme. G. Biehlstedt, pow. Oboznik.

Gesucht zum 1. Januar ein junger Landwirt, der seine Ausbildung im Landbau bis zum 1922 beendet hat, und sich unter personl. Leitung weiter ausbilden möchte. Nicht unter 20 Jahren. Polnische Sprache erwünscht. (371) Gutsbesitzer Sproffe, Bodanin bei Chodzież (Kolmar)

Spielplan des „TEATR WIELKI“ m. Poznań

Dienstag, den 8. 11. um 7 1/2 Uhr: „Copelia“. Ballett zur Musik v. Delibes. Mittwoch, den 9. 11. um 7 1/2 Uhr: „Wieczór Moniuszowski“, „Widma“ u. „Sonata aus der Arim.“

Billetvorverkauf bei Szejnbrowski, Pawla 1. Sonnabend, den 12. November 1921, 8 Uhr abends, im grossen Saal des Evangelischen Vereinshauses:

Violin-Konzert von Frau Weise.

Am Klavier: Herr Bickerich. Kompositionen von Pugnani, Brahms, Tschalkowski, Kreisler, Dvorak, Schubert, Mozart.

Eintrittskarten zu 200 Mk. und 100 Mk. im Vorverkauf in der Ev. Vereinsbuchhdlg.

Landwirtschaftler, geb. vermög., wünscht mit älterem geb. Gutsbesitzer. Gef. Off. u. 3772 a. d. Beschäft. d. Bl. erbeten.

Achtung Uhrmacher! Erle schlesische Großhandlung in allen Arten Uhren-Bestandteilen. Werkzeuge für Uhrmacher und Juweliers nur bei Josef Cabin, Bielitz (Poin. Schles.) (3358)

Die Beleidigung, die ich meiner Cousine Fr. Anna Scheske in Wirtkowitz zugesagt habe, nehme ich reuevoll zurück. Bruno Scheske.

Stellenangebote

Gesucht wird von der Synagogen-Gemeinde Brzeska zum 15. 12. d. J. ein Kantor, Schächter und Lehrer für den hebräischen Unterricht. Gehalt nach Uebereinkommen. Meldungen erbitet Der Vorstand der Synagogengemeinde Brzeska J. Gans.

Ordnlicher Zeitungs-Austräger für Wilba sofort gesucht. Zu melden ul. Zwierzyńska 6.

Suche per sofort für selbständige Stellung u. Zeitung approbierten Herren. (352) Event. spätere G. Biehlstedt, Apotheke, Ryczyński, Lebernatme. G. Biehlstedt, pow. Oboznik.

Gesucht zum 1. Januar ein junger Landwirt, der seine Ausbildung im Landbau bis zum 1922 beendet hat, und sich unter personl. Leitung weiter ausbilden möchte. Nicht unter 20 Jahren. Polnische Sprache erwünscht. (371) Gutsbesitzer Sproffe, Bodanin bei Chodzież (Kolmar)